



Katrin Staffler
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Weg frei für den Digitalpakt – Bundestagsabgeordnete Katrin Staffler begrüßt Einigung von Bund und Länder

Fürstentfeldbruck, 18.03.2019

Katrin Staffler, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227- 75225
Fax: +49 30 227-70226
katrin.staffler@bundestag.de

Wahlkreis:
Dachauer Straße 8
82256 Fürstentfeldbruck
Telefon: +49 8141 16305
Fax: +49 8141 16210
katrin.staffler.wk@bundestag.de

**Obfrau der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion in der Enquete-
Kommission „Berufliche Bildung in
der digitalen Arbeitswelt“**

**Mitglied des Ausschusses für die
Angelegenheiten der Europäischen
Union**

**Mitglied des Ausschusses für
Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung**

Am Freitag hat der Bundesrat der Änderung des Grundgesetzes als Voraussetzung für den Digitalpakt zugestimmt. „Mit diesem Entschluss wird das Lernen vielfältiger, interessanter und moderner. Schülerinnen und Schüler werden fit für das digitale Zeitalter, damit sie neue Medien in jeder Lebenslage souverän und selbstbestimmt nutzen können“, so die Bundestagsabgeordnete Katrin Staffler, die Mitglied im Ausschuss für Bildung und Forschung ist.

Während der Bund mit 5 Milliarden Euro die Infrastruktur fördert, sollen die Länder mit mindestens 500 Millionen Euro die Fortbildung der Lehrkräfte finanzieren sowie für die Anpassung der Bildungspläne und die Weiterentwicklung des Unterrichts sorgen. „Mit dieser Regelung bleibt die Verantwortung für das Bildungswesen klar in der Zuständigkeit der Länder. Das war uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein wichtiges Anliegen“, betont Staffler.

„Gerade auch in den vielen Gesprächen, die ich mit Schülergruppen aus meinem Wahlkreis führe, fällt mir auf, dass die Frage nach der Digitalisierung eines der häufigsten Themen ist“, so die Abgeordnete weiter. „Es freut mich deshalb besonders, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern einen unverzichtbaren Beitrag für gute digitale Bildung leistet.“

Der DigitalPakt Schule ist auf fünf Jahre angelegt. Bund und Länder wenden für die Förderung im DigitalPakt insgesamt 5,5 Milliarden Euro auf. Dabei fördert der Bund lediglich die Infrastruktur, während die Länder für die inhaltliche Entwicklung sorgen.